

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 77 (1997)
Heft: 7-8

Artikel: Wo blieb das liberale Gedankengut?
Autor: Mühlmann, Lukas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165756>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lukas Mühlemann ist
Präsident der Geschäftsleitung
der CREDIT SUISSE GROUP

WO BLIEB DAS LIBERALE GEDANKENGUT?

Im letzten Jahrhundert stand die Schweiz im Zeichen eines Liberalismus, der die Freiheit des Individuums als grundlegende Norm des menschlichen Zusammenlebens und des wirtschaftlichen Fortschritts anerkannte. Der Staat sah seine Aufgabe darin, die persönliche Sicherheit, das Privat-eigentum und das freie Spiel der Kräfte zu schützen. Im 20. Jahrhundert und vor allem in seiner zweiten Hälfte mehrten sich die direkten Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, und das Individuum wurde zu einem zwar umsorgten, aber auch bevormundeten Objekt staatlicher Einflussnahme.

Die Beanspruchung des Sozialprodukts durch den Staat nimmt stark zu. Die Staatsquote, also der Anteil staatlicher Ausgaben am Bruttoinlandprodukt, stieg seit 1960 von 17 Prozent auf 31 Prozent. Die Staatsschuld erhöhte sich von 17 Milliarden Franken 1960 auf gut 90 Milliarden Franken 1988. Besonders besorgniserregend ist die Verdoppelung in allerjüngster Zeit: von unter 100 Milliarden Franken am Ende der achtziger Jahre auf 190 Milliarden heute. Mit einer Staatsschuldenquote von 48,5 Prozent würden wir zwar den Referenzwert des Maastricht-Kriteriums von 60 Prozent unterschreiten, aber: Die Quote steigt bei uns, während sie sich in den meisten EU-Ländern zurückbildet. Heute belaufen sich allein die Schuldzinsen des Bundes auf rund 3,2 Milliarden Franken pro Jahr. Diese konsumptiven Staatsausgaben reduzieren die Mittel, die für produktive, zukunftsgerichtete Investitionen verfügbar sind.

Unser Staat wurde zu einem Instrument der Umverteilung. Der Anteil der Transferzahlungen am Bundeshaushalt nahm sprunghaft zu und liegt heute bei zwei Dritteln. Besonders hohe Transferzahlungen werden für die soziale Wohlfahrt, vor allem die AHV/IV, und für die Landwirtschaft geleistet. 843 Millionen Franken sind allein im Jahre 1997 für den primären Sektor vorgesehen.

Der Staat wurde zum Versorger, der gegen die Wechselfälle des Lebens komfortable Absicherungen bietet. Die Arbeitslosenversicherung ist nicht zuletzt dank staatlicher Subventionen kontraproduktiv grosszügig ausgestaltet. Die Sozialversicherung ist weit über die bedarfsbezogene Subjekthilfe hinausgegangen. Dadurch wird die Eigeninitiative geschwächt, der Grundsatz, dass der Einzelne zunächst für sich selber verantwortlich ist, verwässert.

Der Staat wurde zum Unternehmer, Monopolbetriebe haben in wichtigen Bereichen wie Verkehr, Kommunikation und Energie den Wettbewerb weitgehend ausgeschaltet. Das behindert die Innovation und die rasche Anwendung neuer Technologien. In vielen Fällen wird ein nicht transparentes Pfründenwesen ermöglicht. Auch bürgerliche Parteien schätzen durchaus die Möglichkeit, altgediente Staatsdienner mit Posten in staatseigenen Betrieben versehen zu können.

Der Staat wurde zu einem Lenker der Wirtschaft. Die Einmischung ins Wirtschaftsleben äussert sich u.a. in zahllosen komplizierten Bewilligungsverfahren, der Überreglementierung im Umweltschutz, auf den Arbeitsmärkten und in der Raumplanung. Sie zeigt sich in auf sogenanntem Notrecht basierenden wirtschaftlichen Sofortmassnahmen, in einer hektischen, punktuellen Konjunkturpolitik und in Impulsprogrammen. Selten werden die gesteckten Ziele erreicht, häufig ist der langfristige Schaden grösser als der Nutzen, etwa dann, wenn Konjunkturprogramme prozyklisch wirken und die notwendige Strukturbereinigung hinauszögern. Der Staat wurde somit zum Strukturerhalter.

Subventionen und regionalpolitische Massnahmen verzögern die laufende Anpassung der Wirtschaft an die Anforderungen des Weltmarktes. Sie vermitteln zudem ein falsches Bild von der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft. Gerade in der Schweiz hat eine strukturerhaltenden Politik die Kostenwahrheit verschleiert, uns in falscher Sicherheit gewiegt und den Blick für die nötigen Reformen getrübt. In gesellschaftspolitischer Hinsicht führt diese Politik zu einem Mangel an Mobilität und einer Stärkung der beharrenden Kräfte. Wer von Subventionen gut lebt, stemmt sich gegen Neuerungen. Bürger, Unterneh-

mer und Politiker schlagen dann den Weg des geringsten Widerstands ein.

Auch bürgerliche Parteien, auf lokale, regionale und nationale Themen fokussiert, haben die Sprengkraft des neusten, diesmal weltweiten Deregulierungsschubs noch nicht erkannt. Der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik ist entsprechend schwieriger geworden. Die Kluft besteht aber auch innerhalb der Wirtschaft selbst: Weltmarktorientierte und für den Binnenmarkt produzierende Unternehmen äussern nicht mehr die gleichen Prioritäten. Das ging gut, solange hohe nominelle Wachstumsraten die Finanzierung der konsensorientierten Politik ermöglichten und solange geringer internationaler Wettbewerbsdruck Kartelle und ein überhöhtes internes Preisniveau zuliess. Mit der Öffnung und Globalisierung der Märkte, der wir uns nicht entziehen können, zeigt sich aber klar, dass diese Politik in die Sackgasse führt. Die siebenjährige Stagnation unserer Wirtschaft ist der Beweis dafür.

Im liberalen Klima des letzten Jahrhunderts standen Offenheit, Wettbewerb und Risikobereitschaft hoch im Kurs. Es wurde ein qualifiziertes Bildungswesen aufgebaut, das im Vergleich zu heute innovativ, fortschrittsbewusst und vital war.

Entscheidend war auch die Bereitschaft zur Gründung von vielen neuen Unternehmen, die sich auf den internationalen Märkten durchsetzten und in der Lage waren, Arbeitsplätze in grosser Zahl zu schaffen. Nicht nur aus den geographisch weniger begünstigten Regionen der Schweiz, sondern auch aus dem Ausland strömten arbeitssuchende Menschen in die Zentren der Industrie und Dienstleistungen und stiegen dort auch in leitende Positionen auf. Die verdeckte Arbeitslosigkeit, die vor allem in den Landkantonen damals hoch war, ging rasch zurück.

Arbeitsplätze schaffen statt erhalten

Die Schaffung von Arbeitsplätzen steht auch an der Schwelle zum 21. Jahrhundert weit vorn auf der gesellschaftlichen Dringlichkeitsliste. Verantwortungsbewusste Unternehmer messen ihr eine hohe Priorität zu. So, wie die Diskussion heute geführt wird, ist sie aber auf dem Holzweg. Die Forderung nach der Erhaltung von Arbeitsplätzen spiegelt den defensiven, im Besitzstanddenken wurzelnden Geist

der Vergangenheit. Sie ist in einer liberalen Wirtschaftsordnung fehl am Platz. Heute künstlich erhaltene Arbeitsplätze zerstören die Beschäftigungschancen von morgen, weil die betreffenden Unternehmen dem Druck des Wettbewerbs nicht standhalten können. Auch hier plädiere ich für die Wiederherstellung der Rangfolge Individuum – Wirtschaft – Staat. Die Eigeninitiative der Menschen darf nicht verkümmern, indem den Unternehmen eine Verantwortung zugespielt wird, die sie längerfristig nicht tragen können. Jeder Arbeitnehmer muss sich um seine Arbeitsmarktfähigkeit über die ständige Aus- und Weiterbildung, Mobilität und Selbstmotivation kümmern. Er kann diese Aufgabe weder an das Unternehmen noch an den Staat delegieren.

Die Unternehmen müssen ihren Beitrag in dreierlei Hinsicht leisten: Erstens gilt es, unternehmerische Chancen zu identifizieren und wahrzunehmen und eine dem Risiko entsprechende Rendite zu erwirtschaften. Zweitens müssen die Unternehmen ihren Beitrag zur Erhaltung der Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeiter leisten, indem sie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten, und drittens müssen sie die in Zukunft permanent notwendigen Strukturaneignungen so rechtzeitig und umsichtig durchführen, dass die betroffenen Arbeitnehmer Zeit und Gelegenheit für die berufliche Neuorientierung innerhalb oder ausserhalb des Unternehmens haben. Die Aufgabe des Staates schliesslich besteht darin, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich die unternehmerische Initiative ohne bürokratische Behinderungen und in fiskalisch motivierender Umgebung entfalten kann. Weiter ist ein soziales Netz bereitzustellen, das dort hilft, wo wirtschaftliche Not besteht. Was darüber hinausgeht, insbesondere falsche Anreize in der Arbeitslosenversicherung, welche die Funktion des Arbeitsmarktes beeinträchtigen, können wir uns nicht leisten. Schliesslich sollte der Staat darauf verzichten, Versicherungen, Banken, Bahnen, Speditionsbetriebe und alle anderen Arten von Unternehmen zu betreiben. Der private Sektor, der sich dem Markt stellen muss, kann es besser. ♦

Auszug aus einer Ansprache anlässlich der Feier zum 105-Jahre-Jubiläum der FDP der Stadt Zürich vom 27. Mai 1997.